

Ökologische Spiele 2018 – Chance oder Farce?

Für eine konsequent nachhaltige Ausrichtung der Olympia-Bewerbung und eine Neubewertung von „München Plus 4“

Antrag an die Münchner Stadtversammlung, 31.03.2009

*Antragssteller: Dieter Janecek (OV Neuhausen-Nymphenburg),
Ludwig Hartmann (OV Au-Haidhausen)*

Antragstext:

Am 7. August 2007 hat Oberbürgermeister Christian Ude auf dem sog. „Olympia Warm-Up 2018“ angekündigt, dass die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2018 mit einer „unverwechselbaren ökologischen Handschrift“ versehen werde. Seit dem sind 17 Monate vergangen, ein überprüfbares Umweltkonzept besteht auch ein Jahr vor Abgabe der Bewerbung nicht im Ansatz. Ernsthafte Gespräche mit den Umweltverbänden auf gleicher Augenhöhe haben nicht stattgefunden. Die Grundsatzentscheidung „München plus 2“ wurde ohne Einbindung und gegen den Willen der Verbände getroffen. Die Münchner Grünen haben durch die Erfahrungen mit dem bisherigen Verlauf der Bewerbung und den dokumentierten Negativbeispielen zahlreicher Wintersportgroßereignisse weltweit Zweifel an einer nachhaltigen Ausrichtung von „Olympia 2018“. Trotz manch positiver Vorhaben wie z.B. der geplanten Errichtung eines Olympischen Dorfes auf Passivhaus-Standard kann nach unserer Auffassung mit einem Festhalten am bisherigen Bewerbungskonzept „München plus 2“ das Ziel der Nachhaltigkeit nicht erreicht werden.

Deshalb fordern die Münchner Grünen die grüne Stadtratsfraktion auf, die Bewerbung für die Winterolympiade 2018 auf Grundlage des bisher bekannten Konzeptes „München plus 2“ zu überdenken und einen glaubwürdigen Kurswechsel einzuleiten.

Ein Bewerbungskonzept „München plus 4“ ist eine prüfenswerte Alternative. Dies würde ein Ice-Cluster in München, Ski Nordisch in Oberstdorf, Ski Alpin in Garmisch, Biathlon in Ruhpolding sowie Bob und Rodeln in Schönau bedeuten. Hierbei könnten bereits getätigte Investitionen sinnvoll genutzt, der Flächenverbrauch deutlich geringer gehalten und zudem die Nachnutzung der Anlagen zumindest im bisherigen Umfang sichergestellt werden.

Auf der Grundlage von „München plus 4“, welches ohne den Neubau von Wintersportanlagen in den sensiblen Alpengebieten auskommt, kann eine nachhaltige Bewerbung geprüft werden. Eine Bewerbung auf der Grundlage von „München plus 2“ ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen nicht Ziel führend. Wir wenden uns insbesondere gegen eine weitere maßlose Ökonomisierung der Alpenregion Garmisch, die im Zuge der Vorbereitung zur Ski WM 2011 bereits ihren vorläufig nächsten Höhepunkt erreicht. Die dortige Planung eines weitflächigen „Snow Clusters“ geht an den Erfordernissen für zukunftsfähigen Tourismus, nachhaltige Entwicklung und den Herausforderungen von Klimawandel und Naturschutz vorbei.

Zudem fordern wir eine baldige Offenlegung der Finanzstrukturen. Wir haben als Steuerzahler Anspruch zu erfahren, wie Risiken und Ertrag zwischen Bund, Land,

beteiligten Gemeinden und IOC aufgeteilt sind. Wer haftet im Falle einer Budgetüberschreitung? Welcher nachhaltige ökonomische Mehrwert ist jeweils auf die bezogene Region zu erwarten? Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Begeisterungsfähigkeit für Großsportereignisse im Anschluss an die Durchführung schlagartig abnimmt, wenn die Ausrichter auf einem riesigen Schuldenberg sitzen geblieben sind und die nächsten Jahrzehnte von den Zinslasten erdrückt werden (siehe Oberstdorf). Deshalb benötigen wir gerade über die ökonomischen Kriterien höchste Transparenz und demokratische Kontrolle und zwar über den gesamten Prozess der Bewerbung und Durchführung hinweg.

Begründung:

Olympische Winterspiele können als (teil-)globales Ereignis dann einen Vorbildcharakter haben, wenn sie z.B. das Nachhaltigkeits-Bewusstsein des Gastgebers deutlich aufzeigen. „München plus 4“ könnte dabei - ökologisch, ökonomisch und sozial - besonders vorbildliche Spiele umsetzen. Die Landeshauptstadt legt nach eigenen Angaben besonderen Wert auf das Image „Ökologische Spiele“. Als Grüne haben wir den Auftrag, diesen Anspruch an der Realität zu messen.

Mögliche (nachhaltige) Impulse für die Region durch eine olympische Bewerbung und den dann möglicherweise 2018 stattfindenden Großsportevent werden traditionell überschätzt. Der vielfach bemühte Vergleich mit den (damals noch nicht vorrangig kommerziell betriebenen) Olympischen Sommerspielen 1972 ist nicht nur unzulässig, sondern vielmehr unsinnig. Zahlreiche Beispiele der Historie Olympischer Winterspiele zeigen, dass der unmittelbare Nutzen für die Region bestenfalls minimal, vielfach desaströs war.

Auch der Image-Faktor eines solchen Großereignisses hat begrenzte Dimension: Wer bitte erinnert sich heute noch an die Olympischen Winterspiele in Turin 2006 bzw. ist von Bayern aus dorthin gefahren? Wie viele Weltenbürger fiebern den Skiweltmeisterschaften in Garmisch in drei Jahren entgegen? Wer kennt den Austragungsort der abgelaufenen Nordischen Ski-WM? Die Zuschauerbegeisterung einer Fussball-EM oder -WM ist bei aller Wertschätzung dieser Sportereignisse um ein Vielfaches höher.

Beschlusslage / Kriterien

Am 2. Mai 2008 hat die Stadtversammlung der Münchner Grünen dem Koalitionsvertrag zu Rot-Grün mit folgendem Passus zugestimmt:

„München will nochmals Olympiastadt werden

Seit dem einstimmigen Beschluss des Deutschen Olympischen Sportbundes vom Dezember 2007 hat München gute und realistische Chancen den Zuschlag für die Olympischen Spiele im Jahr 2018 zu bekommen. München wäre die erste Stadt der Welt, die nach den Sommer - auch Winterspiele ausrichten darf. Olympische und Paralympische Spiele wären für München eine hervorragende Chance, sich der Weltöffentlichkeit als lebenswerte, moderne und ökologische Metropole zu präsentieren. Kennzeichen der Münchner Bewerbung müssen daher ein reichhaltiges kulturelles Rahmenprogramm und die konsequente Orientierung an den

Erfordernissen des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit sein. Die olympischen Spiele 2018 in München, Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden müssen als ökologische und nachhaltige Winterspiele geplant werden.“

Abgesehen davon, dass die im Passus beschriebene „Weltöffentlichkeit“ die Kontinente Afrika, Südamerika und Australien sowie weite Teile Asiens nicht umfasst: Mit dieser Bestimmung im Koalitionsvertrag haben die Münchner Grünen das entscheidende Kriterium für eine erfolgreiche und vertretbare Bewerbung festgelegt: die Nachhaltigkeit – ökologisch und ökonomisch. Nun, ca. ein Jahr nach diesem Beschluss und ein Jahr vor der Einreichung der Bewerbung, gilt es, eine Bilanz zu ziehen.

„München plus2“ – eine falsche Grundsatzentscheidung zu Lasten der Umwelt

Kernstück der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 ist das Konzept „München plus zwei“ - auch „Konzept 2-Cluster-plus“ genannt. Die Landeshauptstadt München bildet hierbei das Zentrum der Winterspiele mit IOC-Hauptquartier, Mediacenter und dem olympischen Dorf. Sämtliche Eissportarten („Ice-Cluster“), sowie die Auftakt- und Abschlussveranstaltung der Spiele sollen in München stattfinden.

In Schönau am Königssee sollen die Bob-, Skeleton- und Rodelwettbewerbe stattfinden. Die gesamten Schneewettbewerbe (Snow-Cluster) sollen in Garmisch-Partenkirchen ausgetragen werden. Als wichtigster Bereich olympischer Winterspiele bedeutet das für den Austragungsort die zeitgleiche Durchführung aller Skiwettkämpfe im alpinen und im nordischen Bereich, des Biathlon, der Snowboardwettbewerbe und die Skisprungwettbewerbe.

Durch den Ausschluss bereits vorhandener olympiatauglicher Austragungsstätten in Oberstdorf und Ruhpolding muss die Infrastruktur für Ski-nordisch und Biathlon neu im Bereich Garmisch-Partenkirchen errichtet werden. Die Pläne für das Snow-Cluster um Garmisch-Partenkirchen stehen jedoch einer Nutzung im Einklang mit der Naturlandschaft massiv entgegen. Zwangsläufig sind schwere Eingriffe ins Landschaftsbild zu befürchten. Neben den eigentlichen Sportanlagen zählen dazu Straßen, Parkplätze, Beleuchtungsanlagen, Standorte und Tribünen für Presse und Besucher, alle Versorgungsinfrastrukturen sowie Beschneiungsanlagen mit den notwendigen Beschneiungsseen. Ohne hohen Wasser- und Landschaftsverbrauch ist das nicht möglich. Mehr als die Hälfte der Landschaften und Naturräume des Landkreises Garmisch-Partenkirchen stehen unter Landschafts- oder Naturschutz. Die Gefahr ist groß, dass die Baustellen auch eine Vielzahl geschützter Biotope betreffen werden. Von den katastrophalen Schäden in den betroffenen Bergwäldern ganz zu schweigen. In Garmisch müsste zudem ein zweites Olympisches Dorf und ein zusätzlicher Medienstandort für die 48 dort ausgetragenen Wettbewerbe errichtet werden. Auch wenn geplant wird, die Sportstätten vor allem in Garmisch und am Königssee lediglich temporär zu nutzen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass bleibende Eingriffe in die Natur und eine deutliche Zunahme der Flächenversiegelung vermieden werden können.

Vergangene Erfahrungen mit dem IOC oder auch dem Internationalen Skisportverband FIS zeigen, dass im Zweifelsfall Zusagen zum Schutz der Umwelt nicht eingehalten werden und ökonomische Interessen in der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung der Wettbewerbe stets im Vordergrund stehen. Die Ausführungen unterliegen vertraglich stets dem Diktat der Sportverbände, deren oberstes Ziel nicht der Naturschutz sondern die Profitmaximierung ist.

Die nötige Schneesicherheit kann nur aus der Kanone kommen. Um im Jahr 2018 technische „Schneesicherheit“ zu gewährleisten, müsste trotz des sowieso schon massiven Pisten- und Schneekanonen-Ausbaus für die WM 2011 mit zusätzlicher Infrastruktur und neuartigen Beschneigungssystemen die Vollbeschneigung aller Pisten, Loipen und Schanzen bewerkstelligt werden. Dies ist jedoch zwangsläufig mit massiven Eingriffen in den Natur-, den Landschafts- und den Wasserhaushalt verbunden, die wir nicht tolerieren können. Kann es im grünen Sinne sein, dass wir ein Modell von Wintersportförderung in einer leider zunehmend ökonomisierten Alpenregion unterstützen, das dem Klimawandel mit Kunstschnee und weiterer Bebauung von Bettenburgen für einen Massentourismus begegnet, der einem nachhaltigen Tourismus entgegensteht? Gleichzeitig wissen wir, dass nur 10% der Wintertouristen in den Alpenregionen Ski fahren und selbst die Region Garmisch einen Anteil von 60% Sommertouristen aufweist. Ist deshalb der Investitionswahn in den Ausbau von (weitgehend familienuntauglichen) Leistungssportstätten, Pisten und Loipen für wenige in der Region das richtige Modell für eine nachhaltige Entwicklung? Warum hat die Gemeinde Garmisch mit 26.000 Einwohnern eine Rekordverschuldung von 111 Mio. Euro? Wem nützen steigende Immobilienpreise vor Ort?

Hinzu kommt, dass die Politik mit der Entscheidung für „München + 2“ gezielt Parallelstrukturen fördert, die zu einer möglicherweise ruinösen Konkurrenz hochwertiger Anlagen (Ruhpolding, Oberstdorf) führen. Gleichzeitig ist jedoch zu wenig Geld für den Breitensport vorhanden.

Der damalige Landtagspräsident Alois Glück zog in mehreren Interviews im Sommer 2007 diese konzeptionelle Entscheidung in Zweifel. Er kritisierte u.a., „ob beispielsweise in dem engen Lebensraum Garmisch eine solche Konzentration von Einrichtungen und Verkehrsflüssen verkraftbar und sinnvoll ist. (...) **Es kann nicht sein, dass der Sport der Politik vorschreibt:** „Das ist das Konzept, nur so kann es gehen. Mit der frühen Festlegung ist doch versucht worden, die Politik unter Zugzwang zu bringen. Das sieht doch wie ein **Diktat des Sports gegenüber der Politik** aus.“

Deshalb sollten sich die grüne Stadtratsfraktion wie auch die tragenden Kräfte der Bewerbungsgesellschaft insgesamt von diesem Diktat zu lösen und endlich für eine nachhaltige Lösung eintreten, die sich gegen unsinnige Parallelstrukturen und zusätzlichen Natur- und Flächenverbrauch stellt und gleichzeitig die bestehenden WM- und Weltcup erprobten Leistungszentren in Ruhpolding und Oberstdorf einbezieht.

Autogerechte Spiele statt umweltfreundlicher Mobilität?

Im Gegensatz zu München wird die Verkehrsanbindung von Garmisch-Partenkirchen die Planer vor unlösbare ökologische Hindernisse stellen. Weitaus gravierender ist aber, dass die Bewerbung für 2018 dafür herhalten wird, unsinnige Verkehrsprojekte zu forcieren. So wäre laut Machbarkeitsstudie ein Ausbau der Autobahn notwendig (für zwei Wochen Wintersportevent bei unkalkulierbaren Witterungsbedingungen!!). Auch die Dringlichkeit einer 3. Startbahn am Flughafen München wird im Zusammenhang mit Olympia erneut bemüht werden. Der Bürgermeister von Garmisch, Thomas Schmid, hat bereits in der SZ vom 20.10. 2007 gefordert, dass „endlich der Engpass am Autobahnende bei Eschenlohe entschärft werden muss. Außerdem brauchen wir eine Untertunnelung von Oberau, den Ausbau der Bahn und den Tunnel durch den Wank“. Ein zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke nach Murnau wäre prinzipiell zu begrüßen, aber aufgrund der schwierigen Trassenführung durch das empfindliche Moorgebiet bedarf deren Realisierung einer sorgfältigen Planung. Ein solcher Ausbau sollte aber unabhängig von der Bewerbung mit Vordringlichkeit ins Auge gefasst werden.

Nachhaltige Mobilität bedeutet, dass z.B. laut Alpenkonvention 80% des Verkehrs mit Bahnen und Bussen abgewickelt werden. Die Ballung der Wettbewerbe in und um Garmisch-Partenkirchen in der Planung „München plus 2“ sieht allein in Garmisch-Partenkirchen 48 Wettbewerbe vor. Dies sind rund 70 Prozent der olympischen Veranstaltungen – mit dieser Ausgangsplanung wird das Ziel einer nachhaltigen Mobilität nicht erreichbar sein. Hier würde ein Konzept „München plus 4“ für eine dringend nötige Entlastung sorgen.

Ökonomisch nachhaltig oder der erneute Weg in die Schuldenfalle?

Während sich in München die finanziellen Risiken zumindest eingrenzen lassen und Bund sowie der Freistaat Risiken tragen, sieht die Situation in den weiteren beteiligten Austragungsorten anders aus.

Garmisch-Partenkirchen profitiert weit mehr vom Sommer- als vom Wintertourismus. Wie bereits beschrieben kommen mehr als sechzig Prozent der Übernachtungsgäste im Sommer, und nur ca. 10 Prozent der Übernachtungsgäste im Winter wollen Skilaufen. Demnach ist es für die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen wesentlich sinnvoller, eine intakte Natur zu erhalten, als in eine zerstörte Landschaft zu investieren, die dauerhaft nur von einer kleinen Minderheit genutzt wird. Es ist zu befürchten, dass wandernde und radelnde Sommertouristen nicht in den Tourismusort Garmisch-Partenkirchen wiederkehren werden, wenn sie dort eine „Großbaustelle“ und geplante Pisten mit Kunstschnee-Infrastruktur durchwandern müssen.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass sich die wenigsten ehemaligen Austragungsorte nach olympischen Winterspielen zu florierenden Skigebieten entwickelt haben. Die Negativbeispiele aus Lillehammer (1994 - Auswirkungen blieben bis zu 85% hinter den Erwartungen), Nagano (1998 - hat nichts von dem erhofften Tourismusboom erlebt) und Turin (2006 - droht inzwischen der Abriss der Anlagen, da die Besucher ausbleiben) sollten vor allen Dingen den kommunalpolitisch Verantwortlichen in Garmisch zu denken geben.

Die Nordische Ski WM in Oberstdorf im Jahr 2005 hat gezeigt, dass es in den Jahren danach entgegen der hohen Erwartungen keinen nennenswerten Touristenzuwachs gab, sondern lediglich eine hohe Verschuldung des kommunalen Haushalts. Gleiches lässt sich nun im Fall eines potentiellen Mitausrichters befürchten: So verschuldet Garmisch-Partenkirchen seit 2002 Eigentum für mehr als 16 Millionen Euro, um den Ausbau des Wintersports zu finanzieren; allein für dieses Jahr sind im Haushalt nochmals 7,8 Millionen Euro vorgesehen.

Der Kreis Berchtesgadener Land muss aktuell 2,2 Mio. Euro für den Umbau der dortigen Bobbahn (Königssee) investieren, gleichzeitig fehlen den Kreiskrankenhäusern Mittel in ähnlicher Größenordnung. Hier steht elementare Gesundheitsversorgung quasi gegen die Förderung einer absoluten Randsportart.

Das IOC macht den finanziellen Gewinn, die Rechnungen zahlt der Steuerzahler. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben mit höheren Lebenshaltungskosten wie steigenden Mieten zu rechnen und müssen dafür die starken Eingriffe in die Natur, die den Klimawandel noch befördern, ausbaden. Zusätzlich werden sie noch belastet mit einer höheren Verschuldung der öffentlich Hand und vor allem ihrer Kommunen. Die meisten bayerischen Berggebiete haben nach den Prognosen des UN-Weltklimarats aus dem Jahre 2007 ohnehin keine Chance, dauerhaft Wintersport anzubieten, da sie unter 1500 Meter Meereshöhe liegen. Umso absurder wirken die hohen Investitionen in den Wintersportgebieten. Sie stürzen die betroffenen Kommunen nicht nur in einen

gigantischen Schuldenberg, sondern behindern auch den notwendigen Strukturwandel dieser Tourismussorte.

Die für die Bewerbergesellschaft benötigten 30 Mio. Euro sind bisher nicht wie längst angekündigt über private Investoren eingetrieben. Sicherlich spielt hierbei auch die aktuelle Wirtschaftskrise eine Rolle. Die Haftung von München sowie den Landkreisen Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgadener Land droht zu greifen, was erhebliche zusätzliche Belastungen für die kommunalen Haushalte bedeuten würde. Mittlerweile springt bereits indirekt die öffentliche Hand ein durch Millionbeiträge des Münchner Flughafens und der Messe Riem.

Wir fordern deshalb eine konkrete Offenlegung der Haftung der beteiligten Gemeinden und der Risiken im Falle zu befürchtender Budgetüberschreitungen, wie sie in der Vergangenheit quasi immer vorgekommen sind. Aktuell muss die kanadische Provinz British Columbia 485 Mio. Euro Steuergelder für die Umsetzung der 2010 in Vancouver stattfindenden Winterspiele nachschießen, da der Ansatz für den Bau des Olympischen Dorfes deutlich zu niedrig kalkuliert war. Der ursprüngliche Budgetansatz für Turin war 500 Mio., die Gesamtkosten am Ende betragen 3,4 Mrd. Euro.

Fazit:

Die Olympischen Spiele 2018 können eine Chance sein, ökologische und nachhaltige Spiele als Vorbild für künftige Sportgroßveranstaltungen zu präsentieren. Neubauten wären im Rahmen eines Konzepts „München Plus 4“ so gut wie nicht erforderlich, eine nachhaltige Mobilitätsplanung und konsequenter Naturschutz wären denkbar.

Die dauerhaften ökonomischen Potentiale müssen aber auch im Rahmen einer solchen Bewertung realistisch inklusive der Risiken bewertet werden. Grundsätzlich hat sich eine einseitige Fixierung vieler Regionen auf den Wintersport und insbesondere auf den Hochleistungssport in diesem Bereich bereits in der Vergangenheit nicht ausgezahlt. Wenn vielfach kommunale Investitionen in Tourismus einen Anteil am Gesamthaushalt haben, der in keinem Verhältnis steht zur tatsächlichen Wertschöpfung dieses Sektors vor Ort, kann man getrost von einer nicht rationalen Fehlallokation ausgehen. Eine solch nüchterne Bestandsaufnahme braucht es auch für eine olympische Bewerbung. Nur dann kann Olympia 2018 zu einem Erfolgsprojekt für die Region werden.